Prof. Dr. Ing. MICHAEL **KAUFMANN** MdB

KURZ–KNAPP–KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK (KW 40-43/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat Oktober 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN

31. Oktober ´23

Reformationstag am 31.10.: Im Geiste Luthers: Für Freiheit und eigene Werte

Reformation

In vielen vorwiegend evangelischen Bundesländern wird heute der Reformationstag als Feiertag begangen.

Das Wort „Reformation“ bedeutet im Wortsinne nicht Erneuerung, sondern „Rückgestaltung“, also Rückbesinnung der Kirche auf ihre Wurzeln. Genauso war die Veröffentlichung der Thesen durch den Reformator Martin Luther gemeint.

Die Kirche sollte sich auf ihre geistigen Wurzeln rückbesinnen.

Heute erscheint diese Rückbesinnung nötiger denn je. Der Feiertag mahnt, dass die Kirche sich nicht dem Zeitgeist unterordnen darf, sondern sich durch die christliche Botschaft leiten lassen soll. Eine schwerwiegende Fehlentwicklung ist das Eindringen scheinmoralischer, woker Ideologien aus der Politik in die Kirche. In der Folge handeln und äußern sich Vertreter der Kirche im Sinne politischer Ideologien. Christliche Werte wie Schutz des Lebens, Verantwortung gegenüber einer höheren Vernunft, Heiligkeit der Familie, Achtung von Traditionen und Respekt gegenüber Mitmenschen haben das christliche Abendland zur zivilisatorischen Blüte gebracht. Wir brauchen eine Kirche, die diese Werte verteidigt und sich nicht beliebigen politischen Strömungen unterwirft.

Prof. Dr. Ing. MICHAEL **KAUFMANN** MdB

KURZ–KNAPP–KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 40/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 40/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

03. Oktober ´23: ***Für ein starkes, einiges Deutschland***

Vor 33 Jahren haben wir eine Mauer eingerissen. Nun muss auch die Mauer in den Köpfen weg. 33 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist unser Land wieder in zwei Teile gespalten. Diesmal verläuft die Mauer nicht geografisch zwischen Ost und West, sondern zieht sich quer durch unsere Gesellschaft. Auf der einen Seite der sogenannten Brandmauer die Verfechter einer bürgerlich-konservativen, vernunft- und interessengeleiteten Politik und auf der anderen Seite das Kartell der Altparteien, die uns Bürger mit einer „Transformation" zwangsbeglücken wollen, die niemand will und die uns Wohlstand und Sicherheit kostet.

Wir haben es bereits einmal geschafft, eine Mauer, die sich quer durch Deutschland zog, einzureißen. Eine historisch einmalige Leistung, der wir zurecht heute gedenken. Doch lassen Sie uns dabei auch nach vorne schauen und mit ganzer Kraft dafür arbeiten, dass die neue Mauer, die Brandmauer, ebenfalls eingerissen wird und in Deutschland wieder Politik gemacht wird, die sich zu allererst an deutschen Interessen orientiert. So wie es die anderen Völker dieser Welt auch machen.

Herzlichst, Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN

04. Oktober ´23

Bedrohung unserer Demokratie! Volle Solidarität mit Alice Weidel.

Volle Solidarität mit Alice Weidel!

Die rot-grüne Hetze scheint Früchte zu tragen: Alice Weidel hätte gestern am Tag der Deutschen Einheit an der bayerischen Wahlkampfveranstaltung im einst geteilten Mödlareuth als Hauptrednerin auftreten sollen. Was als Höhepunkt des AfD-Wahlkampfes kurz vor den dortigen Landtagswahlen geplant war, konnte so leider nicht stattfinden: Alice Weidel war gezwungen, den Auftritt abzusagen. Grund sind Hinweise, die auf einen Anschlag auf Weidel und ihre Familie hindeuten, die Politikerin wurde bereits vor einigen Tagen an einen geheimen Ort gebracht.

Wer nun Eilmeldungen, Solidaritätsbekundungen oder scharfe Verurteilungen seitens Frau Faeser & Co. zu dieser Bedrohung erwartet, wird enttäuscht. Das vielbeschworene „geschlossene Vorgehen“ gegen Extremismus sucht man in diesem Fall vergeblich. Viel eher wird ersichtlich, von wem „Hass und Hetze“ tatsächlich ausgehen - und wer dazu schweigt.

Ich wünsche Frau Weidel viel Kraft, und kann mich ihrem Aufruf, der bayerischen Regierung unter Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bei der Wahl am kommenden Sonntag einen Denkzettel zu verpassen, nur anschließen.

06. Oktober ´23

Selensky droht Europa - Regierung wiegelt ab

Am 10. September machte der ukrainische Präsident im britischen Wirtschaftsmagazin The Economist einige bemerkenswerte Aussagen. Er warnte - man könnte auch sagen drohte - dort, „die Unterstützung für die Ukraine einzuschränken, würde ... für den Westen Risiken in seinem eigenen Hinterhof schaffen“, „man könne nicht voraussehen, wie die Millionen ukrainischer Flüchtlinge in den Ländern Europas reagieren würden, wenn ihr Land im Stich gelassen würde“ und „es wäre keine gute Sache für Europa, wenn es diese Menschen in die Enge treiben würde“.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für mich liest sich das wie eine kaum verhohlene Drohung, die Unterstützung für die Ukraine nur ja nie einzuschränken, denn sonst könnten die hier befindlichen Ukrainer für Unruhen sorgen. Darum habe ich die Bundesregierung gefragt, wie sie diese Aussagen interpretiert und wie sie darauf zu reagieren gedenkt. Die Antwort darauf hat mich, offen gesagt, verblüfft. Aber lesen Sie selbst: „Die Bundesregierung macht sich die in der Fragestellung erwähnte Interpretation der Aussagen des ukrainischen Präsidenten als Warnung nicht zu eigen. Deutschland wird die Ukraine bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands politisch, finanziell, zivil und militärisch unterstützen, solange es nötig ist.“

Eine Warnung sieht die Regierung hier also nicht. Erstaunlich, denn die Aussagen sind unmissverständlich. WENN Europa die Unterstützung für die Ukraine einschränken würde, DANN würde das für den Westen Risiken in seinem eigenen Hinterhof schaffen, und die Risiken werden ja auch konkret benannt.

Wie soll man so etwas nennen? Realitätsverweigerung? Kriegspropaganda? Kadavergehorsam? Jedenfalls verfestigt sich hier einmal mehr der Eindruck, dass diese Regierung laufend die Augen vor Gefahren für unsere innere Sicherheit verschließt. Und das kann brandgefährlich für uns alle werden. Quelle: *The Economist*

LANDTAGSWAHLEN IN HESSEN & BAYERN: DIE ERSTEN PROGNOSEN ZEIGEN SCHON EINEN SEHR GUTEN TREND FÜR UNSERE AFD

04. Oktober ´23

Wer hat uns verraten? ... Die Christdemokraten!
CDU stimmte für staatliche Zahlungen an Seenotschlepper.

05. Oktober ´23

Diese Nachricht eines Noch-Ministerpräsidenten wird auch nach dem Ende von RRG als Symbol für die erbärmliche Unmenschlichkeit der Linken stehen.

Prof. Dr. Ing. MICHAEL **KAUFMANN** MdB

KURZ–KNAPP–KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 41/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 41/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN

10. Oktober ´23

Mit der AfD KEINE Erhöhung des Renteneintrittsalters!

In letzter Zeit kursieren verstärkt Behauptungen, die Alternative für Deutschland wolle die Menschen bis 70 arbeiten lassen. Das ist falsch.

Ganz im Gegenteil setzen wir uns vehement dafür ein, dass das Renteneintrittsalter nicht weiter erhöht wird.

Hierzu hat meine Kollegin Ulrike Schielke-Ziesing, Rentenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, heute eine Pressemitteilung herausgegeben.

Hier unsere Forderungen, die im Übrigen jeder Mensch guten Willens in unserem Eckpunktepapier zur Altersversorgung nachlesen kann:

1. Niemand soll über die Altersgrenze von 67 Jahren hinaus arbeiten müssen.

2. Wer 45 Jahre eingezahlt hat, darf ohne Abschläge auch früher in Rente gehen.

3. Wer freiwillig länger arbeiten möchte, soll die Möglichkeit dazu haben.

Es ist wohl dieser letzte Punkt, der von unseren Kritikern in böswilliger Weise verdreht und für ihre falschen Behauptungen benutzt wird. Lassen Sie sich davon nicht irreführen. Mit der AfD wird es keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters geben. Das steht fest.

13. Oktober ´23

Die Agentur für SprungInnovationen (SPRIND) ist ein 2019 gegründetes Unternehmen des Bundes, das Forscher mit Ideen, die großes Veränderungspotenzial haben, unterstützen soll, ihre Erfindungen zur Marktreife zu bringen.
Eine gute Idee, die bisher jedoch von viel zu viel Reglementierung gehemmt wurde.
Die Ampel bringt nun das so genannte „SPRIND-Freiheitsgesetz" auf den Weg, geht aber auch dabei viel zu zaghaft und halbherzig vor.
Das habe ich in meiner Rede am 13. Oktober deutlich gemacht: https://www.youtube.com/watch?v=PqO7UMKOjnk

12. Oktober ´23

Am 12. Oktober gab es eine Debatte am „zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie"

Mein Fazit: Die Regierung betreibt Etikettenschwindel mit „Nachhaltigkeit".
Meine Rede dazu können Sie unter folgendem Link abrufen:

Video: https://www.youtube.com/watch?v=gCczH_5zktg

12. Oktober ´23

Wieder neigt sich eine aufregende Woche in Berlin dem Ende zu.
Das alles beherrschende Thema war natürlich der terroristische Überfall der Hamas auf Israel. Wir als AfD stehen dabei fest an der Seite Israels, der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Dass die Bundesregierung diese Terrororganisation über das UNRWA finanziert und deren Unterstützer in großer Anzahl ins Land holt, ist erschreckend und skandalös.
Weitere Themen:
- Etikettenschwindel Nachhaltigkeit
- Wahlerfolge der AfD in Bayern und Hessen
- Kehrtwende der Bundesregierung in der Migrationspolitik - echt oder vorgetäuscht?

Das Video können Sie unter folgendem Link abrufen: https://www.facebook.com/watch/?v=783781146852285

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Der Konflikt auf dem historischen Gebiet von Palästina, auf dem der Staat Israel errichtet wurde, hat am 7. Oktober eine nie dagewesene Eskalation erlebt, deren Ausmaße jetzt noch nicht absehbar sind.

- *Die Details des Überfalls mit Raketenangriffen der „Terrororganisation" Hamas (bei palästinensischen Wahlen wiederholt erfolgreich) auf israelisches Gebiet inklusive Morden und Geiselnahmen sind bekannt:*
- *Die Angriffe konnten sogar vor dem gefürchtetsten Geheimdienst der Welt, dem israelischen Mossad, verborgen bleiben.*
- *Als Reaktion kündigt Präsident Netanyahu Rache an, beschießt nun zivile Ziele in Gaza.*
- *Die EU zahlte bislang knapp 700 Mio. jährlich Entwicklungshilfe an die Palästinenser. „Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsraison", so verkündete Angela Merkel 2008 vor der Knesset.*
- *Und auch Kanzler Scholz wiederholt diese Bestätigung. Nach „we stand by Ukraine" folgt jetzt „we stand by Israel".*
- *Laut Boris Pistorius hat Israel bereits um Munition für Kriegsschiffe gebeten.*
- *Die Kampfhandlungen im Nahen Osten haben schon längst weitere Kreise gezogen: Der Libanon, Syrien und ganz explizit der Iran, Verbündeter von Russland stehen im militärischen Fokus.*
- *2022 berichtete die Tagesschau von Waffenschmuggel aus der Ukraine in die EU: Europol: Waffenschmuggel aus der Ukraine | tagesschau.de - Sitzen wir auf einem selbst gebauten Pulverfass?*
- *Währenddessen tritt der Krieg in der Ukraine in den Hintergrund.*

Das gleiche Schicksal hat das vermutliche Attentat auf den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla.

- *In einer eigenen Pressekonferenz schilderte der immer noch sichtlich angeschlagene Politiker am Mittwoch sachlich von einer bestätigten Einstichstelle am Oberarm und von einer Strafanzeige gegen die Staatsanwaltschaft, die wohl Blutwerte veröffentlicht habe, ohne ihn als Betroffenen überhaupt in Kenntnis zu setzen.*
- *Wir wünschen ihm weiterhin gute Genesung.*

Dienstag

Turnusmäßige Neuwahl des Fraktionsvorstands der AfD

- *Die beiden Fraktionsvorsitzenden Weidel und Churpalla wurden bestätigt, ebenso die Parlamentarischen Geschäftsführer Baumann, Brandner, Komning und Frömming.*
- *Bei den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Münzenmaier und von Storch bestätigt, Holm und Kleinwächter wurden durch König und Keuter ersetzt.*

Mittwoch

Die parlamentarische Woche begann am Mittwoch mit der Regierungsbefragung mit Min. Baerbock (Außen) und Min. Lemke (Umwelt & Verbraucherschutz).

- Frau Baerbock stand durch die aktuelle Situation im Fokus.
- Die AfD kritisierte in vielen Fragen nicht nur die mannigfachen Hilfen der UN und EU für die Palästinenser (unter anderem von dem UN-Hilfswerk UNRWA, wo von ins. 8,3 Mrd. € Hilfsgeldern nicht nur Schulbücher in Gaza finanziert werden), sondern auch antiisraelische Hetze.
- Sie prangerte außerdem an, dass die Jusos mit einer Schwesterorganisation der Fatah verpartnert sind, dass Claudia Roth auf der Dokumenta antisemitische Kunst für gut hieß, dass jährlich am Brandenburger Tor israelische Flaggen verbrannt werden, dass die Hamas sich in Videos für den Erhalt von Waffen aus der Ukraine bedanken, usw.
- Min. Baerbock antwortete zwar gut informiert, jedoch unbefriedigend im Inhalt.
- Der Abgeordnete Jürgen Braun wollte von Frau Lemke wissen, was sie gegen willkürliche Bankkündigungen unternehme (wovon seit Jahren nicht nur Bundestagsabgeordnete der AfD betroffen sind). Sie zeigte sich sehr verständnisvoll und wolle dies – wenn auch nicht gesetzgeberisch - wo möglich, unterbinden.
- Am LNG-Terminal auf Rügen laufen ungehindert Chloreinleitungen ins Meer, so Martin Sichert. Gem. Aussage von Fr. Lemke wäre diese Einleitung nicht gesetzlich erlaubt.

In der folgenden Fragestunde konnte die AfD wieder auf den ersten Plätzen glänzen und grillte den Staatsminister beim Bundeskanzleramt, Carsten Schneider.

- Bernd Schattner und Stephan Brandner bohrten zu Themen wie folgt:
- Deutschlands Wirtschaft schrumpft im kommenden Jahr um 0,5 Prozent, im ersten Hj 2023 meldeten 20,5 Prozent mehr Unternehme ggü. dem Vorjahr Insolvenz an • Spritpreise bewegen sich bei einer 2 vor dem Komma • Am Erweiterungsbau des Kanzleramts mit fast 1 Mrd. Kosten wird trotzdem festgehalten, obwohl es dann größer wird, als das Weiße Haus, der Elyseé-Palast und Downing-Street No. 10 zusammen • Bis Ende Sept. wurden mehr Asylanträge gestellt als im gesamten Jahr 2022, Deutschland allein nimmt 32 Prozent aller Flüchtlinge der EU auf • [...usw...]
- Herr Schneider konnte angesichts der ungelösten Probleme nur abwiegeln:
- Es wäre eigentlich ein Wirtschaftseinbruch von 10% erwartet worden angesichts der (wie wir wissen, selbst verursachten) Gasverknappung.
- Eine standesgemäße Unterbringung der Bundesregierung sei jedenfalls erforderlich, so Schneider sinngemäß.

Als nächstes Thema wurde die „Raumfahrtstrategie" der Bundesregierung (20/8550) debattiert.

- Dr. Anna Christmann, Koordinatorin bei der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt:
- Wir sind der stärkste Zahler bei der

ESA – außderdem freute sie sich, dass Deutschland „unter ferner liefen“ an vielen spannenden Projekten teilhaben darf.

- Dirk Brandes, Mitglied im Ausschuss Klimaschutz und Energie, stellte die Verhältnisse klar:
- Zwei Galileo Satelliten müssen mit einer Musk-SpaceX-Rakete von amerikanischem Boden starten, Deutschland hat bis heute noch nicht einmal einen eigenen Zugang zum Weltall in Form eines Raketenstartplatzes, bei peinlichen Absichtserklärungen wie der Bekämpfung des Klimawandels im All, lacht die Welt über uns.
- Tatsächlich sind wir nur noch Zuschauer im Weltall.

In erster Lesung brachte die AfD aktuelle und höchst überfällige Anträge ein:

- „Verbot der Organisationen ‚Volksfront für die Befreiung Palästinas‘ (PFLP) und ‚Samidoun‘“ (20/8738),
- „Angesichts des Terrorangriffs der Hamas auf Israel – Mittelvergabe an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten umgehend stoppen“ (20/8739)
- „Erziehung von Kindern in den palästinensischen Gebieten zum Terrorismus verurteilen – Finanzierung durch Deutschland sofort beenden“ (20/8740)
- Nach 40 minütiger Debatte wurde an die Ausschüsse überwiesen.

Donnerstag

Am Donnerstag Morgen trat Kanzler Scholz mit ernster Miene in Anwesenheit des israelischen Botschafters und des Bundespräsidenten Steinmeier mit einer Regierungserklärung zum Terror in Israel ans Rednerpult.

- Er bekräftigte die deutsche Solidarität mit Israel, man wolle einen Flächenband verhindern und er kündigte an, die Hamas und weitere in Deutschland agierende islamistische Verbände zu verbieten.
- Jürgen Braun war es erneut, der die jahrelangen Versäumnisse benannte: Der neue Judenhass in Deutschland kommt vom ungehinderten Einlass moslemischer Extremisten.
- Ein Entschließungsantrag der Ampel incl. der CDU/CSU-Fraktion mit Solidaritätsbekundungen (20/8736) wurde einstimmig angenommen.

Eine Aussprache über die Prinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie betraf fast alle Ressorts und die Aussprache nahm entsprechend ca. 4 Stunden Zeit in Anspruch.

- Sowohl Prof. Michael Kaufmann, als auch Dr Rainer Kraft betonten, dass die vielleicht wohlgemeinten Ambitionen für eine bessere Welt bislang das Gegenteil erreicht haben.
- Prof. Kaufmann hierzu: Die hehren Nachhaltigkeitsziele sind quasi ein Feigenblatt für einen großen Betrug, die Gesellschaft soll in eine ökosozialistische Dystopie umgestaltet werden, tatsächlich geht es um Ausbeutung.
- Und Dr. Kraft: Die einst offene Gesellschaft wurde durch offene und unkontrollierte Grenzen zerstört, wo sich jetzt tausende Menschen über hundertfache Morde im Nahen Osten freuen.
- Es handelt sich um die Umsetzung der Agenda2030, so Markus Frohnmaier, also die Umverteilung unseres Wohlstands in den globalen Süden. Das ist der Kommunismus des 21. Jahrhunderts.

Die CDU mutiert unter dem Druck der Bevölkerung zu einer AfD-Kopie: Antrag in erster Lesung „Bezahlkarte einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen“ (20/8729).

- Stephan Stracke, CDU als Wolf im Schafspelz: Wir wollen die irreguläre Migration stoppen.
- Gerrit Huy von der AfD enttarnte ihn: Schon vor einem Jahr haben wir in unserem Antrag unter dem Titel „Sozialstaatsmagnet sofort abstellen“ das gleiche gefordert, und das hat die CDU damals abgelehnt.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss Arbeit und Soziales.

In der ersten Lesung wurde der Ampel-Antrag „Einstufung Georgiens und der Republik Moldau als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten“ (20/8629) beraten.

- Immerhin sind sowohl Georgien, als auch Moldau Beitrittskandidaten zur EU, und die Bundesregierung vermutet hier folgerichtig, dass in diesen Staaten keine Verfolgungsgefahr vorliegt. Fakt ist aber, dass die Union den selben Antrag schon im Juni eingebracht hatte, der im Bundesrat dann scheiterte.
- Werden die Grünen im Bundesrat jetzt wieder alles zum Kippen bringen und warum kommt der Antrag denn jetzt überhaupt von der Koa?
- Dr. Christian Wirth: Und was nützen Schaufenstergesetze, wenn nicht abgeschoben wird? – „Deutschland hat 1992 einen EU-Vertrag unterschrieben, in dem uns zugesagt wurde: freie Binnengrenzen unter der Bedingung von sicheren Außengrenzen….Wir (AfD) werden jeden an der Grenze zurückschicken, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt und auch den Autokraten in Marokko, Tunesien und der Türkei keine Milliarden hinterherwerfen, ohne dass etwas passiert…“

Information für alle Kontoinhaber: Trotz des BGH-Urteils von 2021, welches als rechtswidrig erachtet, dass geänderte AGB der Bank automatisch in Kraft treten, wenn der Kunde nicht innerhalb einer bestimmten Frist widerspricht, gilt dies aktuell weiterhin.

- Der Kunde muss aktiv zustimmen, ansonsten droht ihm Kontokündigung seitens der Bank.
- Entsprechende Anträge der CDU, dies zu ändern, scheiterten am Donnerstag in der 3. Lesung.

Erste Lesung SPRIND-Freiheitsgesetz (20/8677).

- Zu den Hintergründen: Das BMBF hat in 2019 der Gründung einer Gesellschaft zugestimmt, die „hochinnovative Ideen aus Wissenschaft und Forschung und Wirtschaft in Produkte und Dienstleistungen umsetzen wird“.

- Geschäftsführer ist Herr Rafael Laguna de la Vera, sie soll gem. HH-Plan 2024 mit 190,2 Mio. € ausgestattet werden.
- Prof. Michael Kaufmann begrüßte die Agentur ausdrücklich, was man im Gesetzesentwurf lesen kann, ist aber kurz gegriffen und halbherzig. So sollen vermutlich hoffnungsvolle Startups Gewinne an den Bundeshaushalt abführen und anschließend nur unter Umständen zu 50% wieder zurückerhalten. Marktwirtschaftliches Denken fehlt auch beim Marketing und der „Promotion" dieses Katalysators für florierende Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung.
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss.

Der Bundestag hat in dritter Lesung den intensiveren Kampf gegen Geldwäsche beschlossen, gegen alle Oppositionsfraktionen.

- Der Antrag „Stärkung der risikobasierten Arbeitsweise der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen" (20/8294) wurde in geänderter Fassung (20/8793, 20/8796) angenommen.
- „Es ist ein Bürokratiemonster", so Jan Wenzel Schmidt, und nicht nur das, ein im Gesetz vorgeschlagenes Gremium zur Überwachung der „FIU" soll explizit die AfD ausschließen. Ein Kommentar erübrigt sich.

Die AfD forderte in erster Lesung ein Ende der sozial-ökologischen Transformation mit Antrag 20/8741.

- Staatliche Markteingriffe, Technologieverbote und marktverzerrende Anreize müssen beendet werden.
- Der Wirtschaftsausschuss berät federführend.

Freitag

Der Freitag wurde mit der Debatte zur ersten Lesung des Gesetzes „zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness" (Wachstumschancengesetz, 20/8628) eröffnet.

- Verbesserungen bei der steuerlichen Abschreibung, Investitionsprämien für Klimaschutz, zeitliche Erweiterung der Verrechnung von steuerlichen Gewinnen mit Verlusten und Ausgaben für FuE sollen steuerlich besser abgesetzt werden können.
- Bei Steuereinnahmen in Rekordhöhe (in 2022 rund 896 Mrd. Euro) sind diese kleinen Steuergeschenke in Höhe von 7 Mrd. € pro Jahr für das Gewerbe nur ein Tropfen auf den heißen Stein.
- Klein klein auf 250 Seiten in über 20 Gesetzen!
- Jörn König in seiner Rede: Was der Mittelstand braucht, wäre Bürokratieabbau. Die USA machen uns mit dem Inflation-Reduction-Act vor wie es geht: 738 Mrd. USD Entlastung. „Ihre Gesetze sind nur Mäusekino" und die deutschen Unternehmen wandern in die USA ab

Der Gipfel der undemokratischen politischen Arbeit kam im Kleid eines Entwurfs für ein Stiftungsfinanzierungsgesetz der Koalition in Zusammenarbeit mit der Union daher (20/8726).

- Um es kurz zu fassen: Mit diesem Gesetz will die Koa die missliebige AfD von dem 700-Millionen-Topf ausschließen, den sich die etablierten Parteien jährlich für ihre parteinahen Stiftungen gönnen.

Die AfD brachte parallel einen Alternativentwurf „über die Rechtsstellung und die Finanzierung parteinaher Stiftungen" (20/8737) ein.

- Man bedenke, dass dieser Topf etwa das 3,6fache Volumen hat, das alle Parteien über die staatliche Parteienfinanzierung erhalten.
- Die Verwendung ist intransparent, eine Kontrolle durch das Parlament mangelhaft, mit anderen Worten: Ein Selbstbedienungsladen auf Kosten der Steuerzahler.
- Das Bundesverfassungsgericht hatte nur aufgrund der Klage der AfD die jahrzehntelange verfassungswidrige Selbstbedienung der Altparteien gekippt, der nun vorgelegte Entwurf ist „ein dreistes Lehrstück von Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft", so Peter Boehringer in seiner Rede.
- Nicht nur, dass Parteien erst nach 3 Legislaturperioden im Bundestag in den Genuss der Stiftungsförderung kommen sollen, nein, Frau Faeser in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz sollen auch noch darüber entscheiden, wer sich in welcher Form dafür qualifiziert, denn schon ein willkürlich erdachter Verdachtsfall kann Stiftungen ausschließen. Der Entwurf ist also passgenau darauf hin ausgearbeitet, nur eine Partei von den Geldern auszuschließen.
- Der Innenausschuss berät. Wir halten auf dem Laufenden.

Antrag der AfD: Zuwanderung muss sich für Deutschland lohnen – Stabile Sozialsysteme brauchen Transparenz" (20/7665).

- Der AfD-Antrag wurde in erster Lesung debattiert.
- Deutschland muss den Beitrag von Migration zur gesetzlichen Kranken-, Renten- sowie Arbeitslosenversicherung nach dänischem Vorbild erfassen.
- Die dänische Studie unterscheidet klar zwischen Dänen, Menschen aus westlichen Ländern, aus nicht-westlichen Ländern und Zuwanderern aus dem Nahen Osten, Nordafrika, Pakistan und Türkei.
- Der Ausschuss für Arbeit und Soziales übernimmt die Federführung.

EPTA CONFERENCE 2023 - BARCELONA

09. - 10. Oktober ´23:
Eindrücke der Delegationsreise zur „EPTA Conference and Council 2023“ im „Parlament de Catalunya“ in Barcelona

STAMMTISCH IN HERMSDORF

13. Oktober ´23:
Eindrücke vom Stammtisch mit Prof. Kaufmann in Hermsdorf mit Denny Jankowski und Wiebke Muhsal

Prof. Dr. Ing. MICHAEL **KAUFMANN** MdB

KURZ–KNAPP–KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK (KW 42-43/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 42-43/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN

23. Oktober ´23

LKW-Maut-Erhöhung: Der nächste Inflationstreiber der Regierung!

Anlässlich meines Besuchs bei einer Spedition aus dem Wahlkreis wurde mir vollends deutlich, was die geplante Erhöhung der LKW-Maut zum 1. Dezember 2023 für die Transportunternehmer, aber letztlich auch für die Verbraucher, bedeutet.
Bereits zum 1. Januar 2023 war die LKW-Maut angehoben worden. Nun kommen ab dem 1. Dezember noch 200 Euro je Tonne CO2-Ausstoß hinzu, wodurch sich die Mautkosten für die Unternehmen fast verdoppeln. Zusätzlich wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2024 auch noch auf Fahrzeuge ab 3,5 to Gesamtgewicht ausgeweitet. Die Einnahmen der Bundesregierung aus der Maut schnellen dadurch von bisher 7,8 Milliarden pro Jahr auf voraussichtlich 15,2 Milliarden in die Höhe.
Hinzu kommt, dass der Termin 1. Dezember für die Transportbranche denkbar ungünstig gelegt ist, da es unterjährig praktisch unmöglich ist, Frachtraten nachzuverhandeln. Die erheblichen Mehrkosten für einen ganzen Monat werden die Unternehmen also ganz alleine zu stemmen haben. Für kleine und mittlere Unternehmen kann das in der ohnehin angespannten Wirtschaftslage existenzbedrohend werden.
Für das kommende Jahr bedeutet die erhöhte Maut einen weiteren Inflationstreiber. Denn natürlich werden die Unternehmen die höheren Kosten über höhere Frachtraten weitergeben müssen. Dadurch verteuern sich alle Produkte, die mit dem LKW transportiert werden und das ist in Deutschland nach wie vor der ganz überwiegende Teil der Konsumgüter. Experten gehen davon aus, dass eine vierköpfige Familie hierdurch mit 300 bis 400 Euro zusätzlich pro Jahr belastet wird.
Das Ganze ist nichts anderes als ein weiterer Taschenspielertrick der Bundesregierung zu Lasten der Bürger. Man will das Wahlversprechen, keine Steuern zu erhöhen vordergründig einhalten und bedient sich dafür schamlos einer Einnahmequelle, die zwar nicht Steuer heißt, aber die gleiche Wirkung entfaltet. Noch mehr vom hart verdienten Geld der Bürger landet in den Kassen des Staates, der es für immer zweifelhaftere Projekte geradezu zum Fenster hinauswirft.
Dieser rücksichtslosen Ausbeutung der Bevölkerung muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die einzige Alternative zu zunehmender Verarmung und wirtschaftlichem Niedergang ist die Alternative für Deutschland. Bitte klären Sie die Menschen darüber auf. Viel Zeit haben wir nicht mehr.

04. Oktober ´23

Bedrohung unserer Demokratie! Volle Solidarität mit Alice Weidel.

Was sind das für Töne?
Dass Frauke Petry 2015 etwas ähnliches gesagt hat, wird uns bisweilen heute noch vorgeworfen. Damals war das nach einhelliger Darstellung der Medien und aller Altparteien - auch von der CDU und Herrn Spahn - menschenverachtend und rechtsradikal. Und heute? Heute sieht die CDU was sie mit der verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen selbst angerichtet hat und schreit nun „Haltet den Dieb". Das ist nicht nur unglaubwürdig, sondern geradezu heuchlerisch.
Aber natürlich hat Herr Spahn in der Sache Recht.[1] So, wie auch wir von der AfD damals schon Recht hatten. Hätte man uns damals zugehört, wären Deutschland viele Probleme erspart geblieben.
Denn selbstverständlich muss eine Grenzsicherung, die diesen Namen verdient, im Zweifel auch bereit sein, robuste Mittel einzusetzen. Bevor man allerdings dieses äußerste Mittel an die Wand malt, sollte man es erst einmal mit konsequenter Grenzsicherung versuchen und dann sehen, ob diese Maßnahme für sich nicht bereits abschreckend genug wirkt.
Ob die Altparteien, die CDU eingeschlossen, aber auch wirklich bereit sind, unsere Grenzen endlich zu schützen, wie es jedes andere Land der Welt auch tut, daran habe ich meine Zweifel. In der Vergangenheit gab es immer nur Ankündigungen, um die Gemüter zu beruhigen, auf die dann aber keine Taten folgten.
In jedem Fall ist festzuhalten, all unsere Warnungen, für die wir jahrelang auf übelste Weise beschimpft worden sind, stellen sich nun als gerechtfertigt heraus. Und es ist geradezu jämmerlich, wie die Altparteien nun, nachdem es fast zu spät ist, noch versuchen, auf den Zug von Vernunft und Rechtsstaatlichkeit aufzuspringen.

1 WELT online vom 25.10.23 „„Irreguläre" Migrationsbewegungen notfalls „mit Gewalt" aufhalten"

20. Oktober ´23

KOnferenz der EU-Innenminister: Nicht reden, sondern Grenzen sichern!

Bisher war jede Ankündigung von Bundesregierung und EU zur Begrenzung der illegalen Einwanderung leeres Geschwätz.
Wir brauchen endlich wirkungsvolle Maßnahmen!
Wie soll man so etwas nennen? Realitätsverweigerung?
Kriegspropaganda?
Kadavergehorsam?
Jedenfalls verfestigt sich hier einmal mehr der Eindruck, dass diese Regierung laufend die Augen vor Gefahren für unsere innere Sicherheit verschließt.
Und das kann brandgefährlich für uns alle werden.

Auf der Website „AfD-Kompakt" finden Sie weiteres zum Thema:
https://afdkompakt.de/2023/10/19/konferenz-der-eu-innenminister-nicht-reden-sondern-endlich-grenzen-sichern/

19. Oktober ´23

Die CDU versucht nun, die AfD zu kopieren und verstrickt sich in immer neue Widersprüche.
Die Parlamentswoche in Berlin stand ganz im Zeichen des Nahostkonflikts und seiner Ausläufer auch nach Deutschland. Unter dem Eindruck der Schrecken in Israel und der antisemitischen Auswüchse in deutschen Städten überschlagen sich die Altparteien, allen voran die CDU/CSU, derzeit mit Forderungen nach einer härteren Linie gegen den radikalen Islamismus und den damit verbundenen Antisemitismus. Dabei verdrängen sie offenbar, dass sie selbst die AfD noch vor wenigen Wochen für die gleichen Forderungen beschimpft, ausgegrenzt und diffamiert hatten. Mehr als 20 Anträge, die Antisemitismus und Islamismus eindämmen sollten, haben wir in den Jahren seit 2017 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Alle wurden abgelehnt. Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen und niemand will verantwortlich sein.
Weitere Themen:
- Jetzt fordert auch die CDU Bürgerarbeit für Bürgergeld - Vor einem Jahr hatten sie unseren Antrag noch abgelehnt.
- Unser Antrag zur Eindämmung der Genderideologie und die Reaktionen darauf
Das Video finden Sie unter folgendem Link: https://www.facebook.com/watch/?v=646078830886343
Bis zum nächsten Mal!
Herzlich,

Ihr Michael Kaufmann

EINWEIHUNG DES GRACE-HOPPER-BAUS AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT ILMENAU

24. Oktober 23: In dem Rechenzentrum sind neben den Servern für zahlreiche Computeranwendungen Forschungs- und Computerlabore untergebracht. Die TU Ilmenau wird als Forschungsstandort für audiovisuelle Medien gestärkt.

25. Oktober 23: Impressionen unserer AfD-Veranstaltung „Bürger im Gespräch“ mit meinen Kollegen Marcus Bühl, MdB und Dr. Jens Dietrich in Großbreitenbach.

20.Oktober ´23

Unglaublich, welche hochkarätigen Orchester es in Thüringen gibt: Der Handglockenchor Gotha in der Berliner Philharmonie beim Festkonzert „70 Jahre Deutscher Musikrat“
Bravo!

Das Video können Sie unter folgendem Link abrufen:

https://www.facebook.com/watch/?v=315720537754546

25. Oktober ´23: Ein Ständchen für die Thüringer Verfassung : Vor 30 Jahren, am 25.10.1993, wurde die Thüringer Landesverfassung beschlossen. Auf der Wartburg, dem Thüringer Wahrzeichen, gab es aus diesem Anlass eine Feierstunde.

29. Oktober ´23: Ein ereignisreicher Samstag

Zunächst ging es für mich zum Kreisparteitag (AfD Gera Jena SHK). Im Anschluß daran gleich weiter zur großen Demo nach Erfurt mit unseren Landeschefs aus dem Osten.

KOMMENDE TERMINE:

Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.**Kaufmann-Michael**.de

AfD

www.Kaufmann-Michael.de
Michael.Kaufmann@bundestag.de
@AfDKaufmann
@KaufmannAfD
@KaufmannAfD
t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557